

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

21. Juli 1959

11/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. H e t z e n a u e r, Dr. K r a n z l m a y r,  
Dr. H o f e n e d e r und Genossen  
an den Bundesminister für Justiz,  
betreffend die Strafverfahren:

- 1) gegen Johann Z i r n g a s t und Maria U n t e r b e r g e r  
wegen Mordverdachtes (Schwurgericht Graß;
- 2) gegen Franz W e i n a u e r wegen Betruges, Verleumdung und  
Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens (Schöffengericht  
St. Pölten).

-.-.-.-.-

Unter dem Titel "Skandal-Mordprozess Ziegler" wird in der Wiener  
Wochenschrift "Echo" Nummer 24 vom 14.6.1959 neben dem Freispruch der  
Angeklagten vom Verbrechen des Mordes mitgeteilt, dass im Verlauf der  
fast 29 Monate dauernden Voruntersuchung wichtige Beweisgegenstände, wie  
die blutgetränkte Schurze des Angeklagten und die blutige Papierscheide  
eines Messers desselben ebenso wie ein Teil des Gerichtsaktes spurlos  
verschwunden seien. Auch seien Zeugenprotokolle von den Zeugen nicht eigen-  
händig unterfertigt worden usw.

In der gleichen Wochenschrift Nummer 28 heisst es: "Ein dunkles Kapitel  
österreichischer Justiz, der Fall W e i n a u e r". Dazu wird unter anderem  
wörtlich ausgeführt: "Vor 21 Monaten starb die Kaufmannsgattin Maria  
Weinauer in Lunz am See. Einige Tage später wurde der Gatte unter Mordver-  
dacht verhaftet. 21 Monate wurde untersucht und es kam nichts heraus, was  
als Klarheit zu bezeichnen wäre. 21 Monate sass Franz Weinauer unter Mord-  
verdacht, jetzt fasste er zwei Jahre Kerker aus, damit das Mass der Justitia  
zu dem Mass der angesammelten Scherben der Wahrheit passen kann. Kein ein-  
ziger medizinischer Sachverständiger wurde bemüht, um dem Gericht zu be-  
richten, warum die wahre Todesursache der Staatsbürgerin Maria Weinauer  
nicht mehr aufgeklärt werden konnte."

Beide Prozesse haben in der Öffentlichkeit beachtliches Aufsehen er-  
regt und sind, falls die wiedergegebenen Presseberichte zutreffen, geeignet,  
das Ansehen der Justiz zu gefährden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundes-  
minister für Justiz die

A n f r a g e :

Ist der Herr Justizminister bereit mitzuteilen,

- 1) ob die zitierten Presseberichte den Tatsachen entsprechen;
- 2) was er unternommen hat, um solche das Ansehen der Justiz ge-  
fährdende Vorkommnisse hintanzuhalten und Voruntersuchungen entscheidend  
zu beschleunigen?